

16. Oktober 2021

# Die Presseschau aus deutschen Zeitungen

Hauptthema sind die anstehenden Koalitionsverhandlungen von SPD, Grünen und FDP zur Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung.



SPD, Grüne und FDP wollen eine gemeinsame Bundesregierung bilden. (dpa-Zentralbild/Sascha Steinach)

Dazu schreibt die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG: „Die ‚Fortschrittskoalition‘, wie sie sich taufte, ist auf dem besten Weg in Richtung Regierungsbank. Wer hörte, wie ihre Vertreter sich wechselseitig lobten und vom Geist der Gemeinsamkeit und der wechselseitigen Achtung schwärmten, der ihre Gespräche durchzogen habe, kann sich eigentlich nur noch fragen, warum die drei Parteien im Bund erst im Jahr 2021 zueinandergelassen haben. Dem Sondierungspapier nach gelang es ihnen tatsächlich, sich in kurzer Zeit auch auf Feldern zu verständigen, auf denen sehr unterschiedliche Vorstellungen aufeinanderprallen. Blutsbrüder sind Grüne, FDP und SPD aber auch mit diesem Papier nicht geworden. Wie tragfähig die neue politische Kultur ist, die sie schon begründet haben wollen, wird man erst wissen, wenn die Flitterwochen vorbei sind“, bemerkt die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG.

Die MITTELBAYERISCHE ZEITUNG aus Regensburg ist folgender Meinung: „Das Positionspapier der Koalitionäre atmet das Motto: jeder bekommt etwas, was ihm besonders am Herzen liegt, aber nicht jeder bekommt alles. Grüne und SPD etwa müssen Abschied nehmen von höheren Steuern für Vermögende, vom Tempolimit 130 auf Autobahnen oder einer Bürgerversicherung. Während die Liberalen kräftige Staatsinvestitionen oder Zuschüsse gegen galoppierende Strompreise akzeptieren müssen. Noch liegt nur die grobe Richtung vor, in welche die künftige Regierungs-Ampel blinken will. Doch bereits jetzt lassen die drei Partner die sich selbst zerfleischende und kopflose Union alt aussehen. Jamaika liegt seit Freitag in noch weiterer Ferne“, beobachtet die MITTELBAYERISCHE ZEITUNG.

„Ohne Risiko ist das für die Beteiligten nicht“, überlegt die AUGSBURGER ALLGEMEINE: „Denn so einfach der Kompromiss im Überschwang der ersten

Wochen sein mag – die wahre Reifeprüfung wird sich einer Regierung erst im Klein-Klein des Alltags stellen. Die SPD weiß nur zu gut, wie empfindlich die eigene Basis auf Zugeständnisse reagiert, bei den Grünen und der FDP wird das nicht anders sein. Diese Regierung – und dass sie kommt, scheint nur noch Formsache – ist zum Erfolg verdammt. Für die Parteichefs wird das zur maximalen Herausforderung. Für das Land kann es eine große Chance sein“, hofft die **AUGSBURGER ALLGEMEINE**.

Das FREIE WORT aus Suhl notiert: „Grüne und FDP scheinen in diesen Tagen der behutsamen Annäherung an den politischen Gegnern von gestern festgestellt zu haben, dass sie mehr gemein haben als die finanzstarke Sozialstruktur ihrer Wählerschaft. Vielleicht wächst da in dem Dreierbund zusammen, was einigermaßen zusammenpasst. Eine Regierung, die den Zeitgeist trifft, hat es in Deutschland seit langen Jahren nicht mehr gegeben.“

„Die grüne Handschrift ist insgesamt blass“, stellt die **TAZ** fest. „Manches, wie der CO2-Preis und das grüne Energiegeld, kommen in dem Papier gar nicht vor. Die Blicke richteten sich auf Unverträglichkeiten der nach links gerückten SPD und der Lindner-FDP. Die Grünen müssen aufpassen, dass sie in dem Koalitionsdeal nicht ins Hintertreffen geraten. Ohne verbindliche Pläne zum Klimaschutz ist das Ampelhäuschen nicht viel wert.“

Der Berliner **TAGESSPIEGEL** führt aus: „Was vor Wochen noch als rein theoretisches Konstrukt galt, als einziger kleiner Hoffnungsschimmer für Olaf Scholz, doch Kanzler zu werden, wofür FDP-Chef Christian Lindner die Fantasie fehlte, kann jetzt Wirklichkeit werden. Ein Bündnis aus SPD, Grünen und FDP hat die Chance, gesellschaftlichen Fortschritt, digitale und ökologische Modernisierung sowie den sozialen Zusammenhalt in den Blick zu nehmen. Und zumindest die abgeschlossenen Sondierungen geben Anlass zur Hoffnung, dass etwas in der Richtung dabei herauskommen kann. Aber vielleicht sind es gar nicht die einzelnen Punkte, auf die sich die Verhandler geeinigt haben, die den Wert des Papiers ausmachen. Es ist das Zustandekommen der Einigung selbst. Diskret, vertrauensvoll und schnell haben sich hier drei Partner angenähert, die eigentlich weit voneinander entfernt waren. Politik hat hier bewiesen, dass sie lern- und kompromissfähig ist“, unterstreicht **DER TAGESSPIEGEL**.

„Auf den ersten Blick hat die FDP in diesen Sondierungen manchen Punkt gemacht, auf den zweiten ebenfalls“, heißt es in der **NEUEN OSNABRÜCKER ZEITUNG**: „Wer sich die Ausführungen zu den wirtschaftspolitischen und steuerlichen Vorstellungen durchliest, stellt fest, dass, vom höheren Mindestlohn abgesehen, wesentliche liberale Vorstellungen Niederschlag gefunden haben. Diese Signale sind wichtig. Die SPD wird durch ihr Programm und den Kanzler wirken und hat ihr Mindestlohn-Versprechen gehalten. Auf die Grünen zahlt ein Großteil der ambitionierten Klimavorhaben ein. Das Entgegenkommen gegenüber den Liberalen lässt sich vor allem als ein Signal an die gesamte Gesellschaft lesen und daher auch an die Wähler der Union: Hier will jemand Veränderung, ja. Aber es soll auch niemand brüskiert oder gar symbolisch gedemütigt werden“, hält die **NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG** fest.

Die Zeitung **DIE GLOCKE** sieht es so: „Schon aus dem, was nun öffentlich geworden ist, lässt sich die Größe der Kröten herauslesen, die jede der drei Parteien auf dem Weg zu einem Koalitionsvertrag schlucken muss. Geringverdiener werden steuerlich nicht ent-, weil Spitzenverdiener nicht höher belastet werden? Ein Appetithappen für die FDP, schwere Kost für SPD und Grüne. Mindestlohn-Erhöhung auf 12 Euro? Was SPD und Grünen schmeckt verursacht bei

vielen FDP-Leuten Magengrummeln. Die Liste ließe sich fortsetzen, und jeder einzelne Punkt darauf birgt die Gefahr, dass daran die Koalitionsverhandlungen scheitern“, gibt DIE GLOCKE aus Oelde zu bedenken.

Themenwechsel. Die EEG-Umlage wird 2022 um rund die Hälfte gesenkt. Die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG** erläutert: „Weil der Staat viele Milliarden auf anderem Weg übernimmt, wird die Umlage auf 3,7 Cent halbiert – der niedrigste Stand seit 2012. Einen Großteil der Ökostromkosten zahlt künftig nicht mehr direkt der Verbraucher, sondern der Bund aus Steuermitteln. Damit wird auch die Wirtschaft wieder stärker zur Finanzierung der Energiewende herangezogen. Die Entlastung ist dringend nötig. Denn an anderer Stelle, etwa beim Heizen mit Öl und Gas oder beim Sprit, müssen die Deutschen gerade tiefer in die Tasche greifen, um mehr Klimaschutz zu finanzieren. Der Zeitpunkt stimmt: Die Strompreise an der Börse steigen, der Staat muss weniger drauflegen, damit sich grüne Energie rechnet. Die EEG-Umlage zu senken, die lange die Akzeptanz der Energiewende belastet hat, ist der richtige Schritt“, findet die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG**.

Die **NÜRNBERGER ZEITUNG** analysiert: „Die Absenkung der Ökostrom-Umlage wird den Strompreis allerdings nur stabilisieren, nicht senken. Denn die Netzentgelte und die Beschaffungskosten der Stromversorger steigen weiter. Der Plan der Ampel-Parteien, die EEG-Umlage in einem weiteren Schritt ganz abzuschaffen, ist daher ebenso sinnvoll wie überfällig. Die Ökostrom-Förderung lässt sich durch Steuern und Einnahmen aus der CO2-Bepreisung finanzieren. Gezielte Ausgleichszahlungen können soziale Härten lindern. Die Energiepreise werden aber tendenziell weiter steigen. Denn Deutschland will im laufenden Betrieb einen kompletten Systemwechsel stemmen: von den fossilen Brennstoffen und der Atomenergie hin zu den erneuerbaren Energien.“ So weit die **NÜRNBERGER ZEITUNG**.

In der ALLGEMEINEN ZEITUNG aus Mainz ist zu lesen: „Was einst sinnvoll war, um mit verlockenden Einspeisevergütungen grünen Strom aus der Taufe zu heben, hat sich zum Hemmschuh auf dem Weg hin zur Klimaneutralität entwickelt. Denn die Verkehrswende braucht günstigen Strom für E-Autos und den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft ebenso wie der Gebäudesektor für Wärmepumpen. Sollte die Regierung bis Weihnachten stehen, hätte das Ende der EEG-Umlage zum Start neuer Politik Signalcharakter. Während fossile Energie auch durch den CO2-Preis mehr kostet, würde Strom billiger.“

Deutschlandradio © 2009-2021

Deutschlandradio [Datenschutz](#) [Hilfe](#) [Impressum](#) [Kontakt](#) [Presse](#)

Partner [ARD](#) [ZDF](#) [Phoenix](#) [arte](#) [Chronik der Mauer](#)